

EU zwischen Nobelpreis und sozialer Spaltung

■ ADALBERT KRIMS

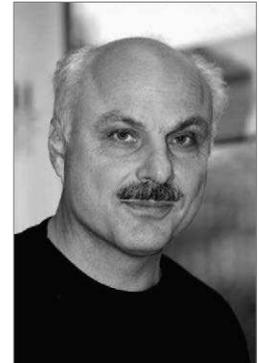
Die Europäische Union hat den Friedensnobelpreis 2012 erhalten. In der Begründung des Norwegischen Nobelkomitees hieß es u. a.: „Die Union und ihre Vorgänger haben über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen ... Die Teilung zwischen Ost und West ist in weiten Teilen beendet ... Das Norwegische Nobelkomitee wünscht den Blick auf das zu lenken, was es als wichtigste Errungenschaft der EU sieht: den erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte.“

Die Nobelpreisverleihung löste viel Jubel und Freude, aber auch Unverständnis und Kritik aus. Vor allem der Hinweis auf die Menschenrechte blieb nicht unwidersprochen. So stellte z. B. Amnesty International fest: „Die EU trägt zum Teil selbst zu Menschenrechtsverletzungen bei, etwa durch die EU-Flüchtlingspolitik. Außerdem bekämpft die EU Menschenrechtsverletzungen oft nicht entschieden genug, etwa die Diskriminierung von Roma in EU-Staaten.“ Und auch aus der Friedensbewegung kam Kritik: „Auch wenn die EU historisch dazu beigetragen hat, dass es innerhalb der EU keine kriegerischen Auseinandersetzungen mehr gibt, ist es völlig unangemessen von einem Kontinent des Friedens zu sprechen – angesichts der Beteiligung von EU-Staaten an Kriegseinsätzen in Afghanistan, Libyen und dem Irak. Auch heizen die EU-Staaten an führender Stelle mit ihren Rüstungsexporten das weltweite Wettrüsten an und verschließen ihre Außengrenzen gegenüber Kriegs- und Armutsflüchtlingen und tragen damit aktiv zu Menschenrechtsverletzungen bei.“

Das „Recht auf Arbeit“ gehört für das Nobelkomitee offenbar nicht zu den Menschenrechten, ansonsten hätte es beim Lob

für den „erfolgreichen Kampf für ... die Menschenrechte“ zumindest darauf hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten gerade in den letzten Jahren stark zugenommen hat – im gesamten EU-Raum auf 10,7 Prozent, in der Euro-Zone sogar auf 11,8 Prozent, wobei in Spanien und Griechenland mehr als ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Job ist, bei den Jugendlichen sogar mehr als die Hälfte. Überdurchschnittlich stark ist dabei die Langzeitarbeitslosigkeit gestiegen (von 33 auf 42,5 Prozent aller Arbeitslosen zwischen 2009 und 2011).

Auch das Lob für die angebliche Beendigung der „Teilung zwischen Ost und West“ muss relativiert werden, denn die soziale Teilung ist keineswegs beendet, sondern hat sich in den letzten Jahren sogar verstärkt. Gerade der jüngste Bericht der EU-Kommission über Beschäftigung und die soziale Lage in Europa im Jahr 2012, der am 8. Jänner in Brüssel veröffentlicht wurde, hat einen „besorgniserregenden Trend“ und ein „neues Muster“ der Auseinanderentwicklung zwischen Ländern aus dem Norden und dem Süden, aber auch aus dem Westen und dem Osten festgestellt. Demnach drohe der EU eine „soziale Spaltung“ zwischen Nord- und Südländern. In zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten (vor allem ärmeren) sind die realen Haushaltseinkommen von 2009 bis 2012 gesunken. Der Sozialbericht der EU bestätigt: Das Gefälle zwischen reichen und armen Ländern steigt dramatisch, und auch innerhalb der Mitgliedsstaaten klafft die Schere immer weiter auseinander. Das trifft auch auf die „reichen“ Länder zu, in denen der Abstand von reich und arm wächst und die Zahl der Armen und Armutsgefährdeten zunimmt. Im Jahr 2011 waren rund 120 Millionen Europäer bzw. 24,2 Prozent der Bevölke-



Adalbert Krims, geboren 1948 in Freistadt OÖ. Zunächst Redakteur bei der Monatszeitschrift „Neues Forum“. Dann bis 1990 Informationsarbeit bei verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Seit 1991 Redakteur beim ORF, seit 2003 in der Hörfunk-Religionsabteilung.

■ In Wirklichkeit geht es um den Stellenwert des Sozialen im Rahmen der Integration, denn mehr von einer falschen Strategie führt sicher zu keinen besseren Ergebnissen.

zung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Sowohl bei Beschäftigung als auch bei Armutsbekämpfung ist die EU heute weiter denn je von den selbst gesteckten Zielen für 2020 entfernt.

Die objektiven Verschlechterungen für die Mehrheit der europäischen Bevölkerung zeigen, dass es nicht in erster Linie um „mehr Europa“ oder „Re-Nationalisierung“ geht, da die sozialen Ergebnisse in den Ländern verstärkter Integration (also der Euro-Zone) noch schlechter sind als in der Rest-EU. In Wirklichkeit geht es um den Stellenwert des Sozialen im Rahmen der Integration, denn mehr von einer falschen Strategie führt sicher zu keinen besseren Ergebnissen. Zu Recht schrieb Peter Rabl: „Die konkreten Folgen der bisherigen Sanierungspolitik sind längst unübersehbar. Explodierende Arbeitslosigkeit in Spanien, Griechenland und Portugal mit mehr als 25 Prozent, bei den Jugendlichen mehr als der Hälfte. Rasante Verarmung und rapides Schrumpfen der Wirtschaftsleistung infolge der aufgezwungenen Sparprogramme als Gegenleistung zu Milliarden-Hilfen, die vorwiegend der Bankenrettung dienen.“ (KURIER, 13. 1. 13)

EU-Sozialkommissar László Andor stellte bei der Präsentation des Sozial- und Beschäftigungsberichts fest: „2012 war ein weiteres miserables Jahr für Europa, was die Arbeitslosigkeit und die sich verschlechternde soziale Lage angeht.“ Und weiter: „Es ist unwahrscheinlich, dass sich die sozioökonomische Lage in Europa 2013 wesentlich verbessern wird.“ (APA, 8. 1. 13). Die Frage ist allerdings, ob und welche Konsequenzen aus solchen Analysen gezogen werden. Der sog. „Budgetkompromiss“ für die Jahre 2014–2020, auf den sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 8. Februar in Brüssel nach langem Tauziehen geeinigt haben, bringt jedenfalls keine Kurskorrektur. Nach Meinung des Wirtschaftsforschers Stephan Schulmeister setze man damit eine EU-Politik fort, die Europa insgesamt immer tiefer in die Krise geführt habe. In dem Kompromiss spiegelte sich eine politische Linie wider, die Teil der Krise ist und nicht Teil der Überwindung der Krise. Sparen, also das ökonomische

„Nichtstun“, sei zur Leitlinie der Politik in Europa geworden, so Schulmeister im Ö-1-Mittagsjournal vom 9. Februar.

Während also die Wirtschaftspolitik der EU und der meisten Mitgliedsstaaten weiterhin auf rigides Sparen setzt, betonte z.B. Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman in einem von mehreren europäischen Tageszeitungen nachgedruckten Kommentar in der „New York Times“ (31. 1. 13) erneut, dass dieser Sparkurs auf allen Fronten gescheitert sei und zu Depression und hoher Arbeitslosigkeit geführt habe. Deshalb appellierte Krugman, die „Besessenheit“ aufzugeben, mit aller Gewalt das Haushaltsdefizit reduzieren zu wollen. Vielmehr sollte die Bekämpfung „der inakzeptabel hohen Arbeitslosigkeit“ im Zentrum der Bemühungen stehen.

Statt darüber zu reden, ob es künftig „Vereinigte Staaten von Europa“ oder eher eine Union souveräner Staaten oder gar eine Nord- und eine Süd-EU geben soll, wäre es dringend notwendig, dass ein Politikwechsel stattfindet. Wenn es nämlich nicht gelingt, die sozialen Konflikte zu entschärfen sowie Armut und Arbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen, also ein wahrhaft soziales und demokratisches Europa zu schaffen, sind alle anderen europäischen „Visionen“ von vornherein obsolet, weil dann die reale Alternative heißt: zentralistische Diktatur der Finanzoligarchie mit davon abhängiger zentraler politischer Verwaltung – oder Auseinanderfallen der EU und Rückkehr zu nationalen Egoismen. In fast allen europäischen Ländern ist in den letzten Jahren ein teils beängstigendes Anwachsen rechtspopulistischer Bewegungen festzustellen, die neben Ausländerfeindlichkeit im allgemeinen und Islamfeindlichkeit im besonderen vor allem auch auf anti-europäische Sozialdemagogie setzen. Wenn es der EU gelingen sollte, nach innen sozial und demokratisch zu werden – und nach außen hin engagiert für Frieden und Entwicklung, dann würde sich die EU vielleicht irgendwann einmal wirklich den Friedensnobelpreis verdienen ... ■